MACH MEINEN KUMPEL KUMP

SEPTEMBER 2018

Wofür Gewerkschaften stehen

Antwort des DGB Rechtsschutz auf Facebook-Kommentare zu Chemnitz

Was ist passiert? Der DGB bringt anlässlich der Vorfälle in Chemnitz eine Resolution mit dem Titel "Gewerkschaften gegen rassistische Hetze – für Solidarität" heraus (siehe Seite 1). Der DGB Rechtsschutz teilt diese Resolution auf seiner Seite mit einem kleinen Text dazu. Was folgte, waren erschütternde Kommentare und eine klare Antwort des DGB Rechtsschutz:

"Auch wenn wir schon so einiges gewohnt sind aus den sozialen Netzwerken, erschüttern uns die Reaktionen dann doch. Wenn das so stehen bleibe, müsse man die jahrelange Mitgliedschaft überdenken, so einer der Kommentare auf Facebook. Wir haben die Arbeiter aus den Augen verloren, ist ein Vorwurf, der mehrfach zu lesen ist. Insgesamt erschreckend viel Kritik an einem Statement, das eigentlich jeder Leser unterstützen sollte. Hier unsere Antwort darauf:

Nein, wir werden uns niemals dafür entschuldigen, gegen Rassismus einzustehen!

Nein, es ist kein "Linksgesülze", gegen Rassismus und für Solidarität zu sein. Das ist vielmehr die Basis für eine demokratische und soziale Gesellschaft.

Nein, wir haben ganz sicher die Arbeitnehmer*innen nicht aus den Augen verloren. Wir, die DGB Rechtsschutz GmbH, vertreten alle Mitglieder der DGB-Gewerkschaften unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung. Ohne die Grundgedanken von Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit wäre dies nicht möglich."

Das Statement in ganzer Länge gibt es auf: https://www.dgbrechtsschutz.de/fuer/arbeitnehmer/wofuer-gewerkschaften-stehen/







#Wirsindmehr: Gewerkschaften gegen rassistische Hetze – für Solidarität!

Resolution des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes zu Chemnitz



Zu den Ereignissen in Chemnitz hat der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand folgende Resolution verabschiedet:

Aus der Erfahrung mit dem Faschismus gibt es für uns Gewerkschaften keinen Zweifel, dass wir jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit mit Nachdruck bekämpfen. Wir setzen uns ein für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Es ist gut und richtig, dass viele Menschen in den letzten Monaten und Tagen gegen rechte Hetze und hassgetriebene Aufmärsche Haltung gezeigt haben.

Das reicht aber nicht: Der Rechtsstaat muss dieser Hetze und denen, die sie verbreiten, entschieden entgegentreten. Hier sind Politik, Sicherheits- und Ordnungskräfte gefordert. Wohlgemeinten Worten müssen konsequente Taten folgen. Stärkt die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich für Demokratie und Solidarität und den Schutz der Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt engagieren!

Es ist inakzeptabel, wenn Mord- und Gewaltopfer oder deren Angehörige für politische Zwecke instrumentalisiert werden. In Kandel, Weyhe, Heidenau, Freital oder Chemnitz haben sich Menschen diesem Missbrauch des

Leides der Betroffenen zum Glück widersetzt. Die rechte Hetze und die Aufmärsche der vergangenen Tage erinnern fatal an die Pogrome der 1990er Jahre. Anders jedoch als damals sitzt heute eine Partei im Bundestag, die diese menschenfeindliche Hetzjagd für legitim hält. Eine solche Partei stellt sich nicht zuletzt damit weit jenseits des demokratischen Spektrums. Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen rufen wir auf: Wählt demokratisch, wählt keine Rechtspopulisten!

Wir Gewerkschaften setzen uns für starken gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Wir dürfen den Feinden der Demokratie keinen Raum lassen. Gemeinsam kämpfen wir für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Courage ist gefordert – nicht wegducken!

Für weitergehende Informationen zu Chemnitz: Der DGB-Regionsgeschäftsführer für Südwestsachsen Ralf Hron ist seit Jahren im Kampf gegen Rechts aktiv und berichtet, wie die Lage in der Stadt ist. Das Interview findet ihr unter: http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/organisation-und-bundesvorstand/++co++e3c25fd2-b1db-11e8-ae75-52540088cada

Gewerkschaftsmitglieder protestieren gegen Hass und Hetze

Bundesweites Engagement auf Demos gegen Rechts

In Chemnitz besuchten am 03. September rund 65000 Menschen das Konzert u.a. mit der Band "Die Toten Hosen" unter dem Motto #wirsindmehr, um vor Ort ein Zeichen gegen rechte Hetze und Gewalt, gegen die rassistische Instrumentalisierung und für eine weltoffene Gesellschaft zu setzen. Von da an gab es seither im gesamten Bundesgebiet Demonstrationen und Veranstaltungen, die ebenfalls unter dem Leitspruch "Wir sind mehr" zeigen sollten, dass es Zeit ist für alle Demokratinnen und Demokraten, gegen den Rechtsruck auf die Straße zu gehen - von Heidelberg über Marburg bis Offenbach, überall riefen lokale Bündnisse zu Protesten auf. Mit dabei auf den Straßen und Marktplätzen waren zahlreiche aktive Kolleginnen und Kollegen aus den DGB-Mitgliedsgewerkschaften. In Essen folgten am 13. September rund 5000 Menschen dem Aufruf des Bündnisses "Essen stellt sich quer", welches unter dem Motto "Aufstehen gegen rechte Hetze im Ruhrgebiet" zur friedlichen Demonstration eingeladen hatte. Vor Ort beteiligten sich auch der DGB-Jugendbildungsreferent Jan Mrosek und viele junge Aktive aus der IG BCE-Jugend an der Demo, um zu zeigen, dass Hass und Hetze

keinen Platz haben. Die DGB-Jugend Köln zeigte am 16. September in Köln mit rund 7000 Mitdemonstrantinnen und -demonstranten Haltung – gegen Rassismus und für Solidarität mit Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten. Auch in Gelsenkirchen rief der DGB Emscher-Lippe zur Beteiligung an der Demo "Menschenrechte statt rechter Hetze!" auf. Der Kumpelverein ruft ebenfalls dazu auf, sich weiterhin rege an den friedlichen Protesten zu beteiligen – für Demokratie, Solidarität und Menschenrechte und gegen rechten Hass.



IG BCE-Jugend Nordrhein und DGB-Jugendbildungsreferent Jan Mrosek (r.) bei der Demo in Essen.

Rote Karte für Diskriminierung im Fußball

Bonner Schülerinnen und Schüler setzen ein Zeichen gegen Rassismus

"Ich dachte mir: Der Name passt perfekt!", erklärte Rolf Haßelkus, Lehrer an einer Realschule in Bonn und Vorsitzender der Bonner GEW, wie er auf die Idee kam, an seiner Schule eine Aktion durchzuführen unter dem Motto: "Mach meinen Kumpel nicht an!" mit dem Logo der Gelben Hand. Im Rahmen von Projekttagen im Juni, die in diesem Jahr das übergeordnete Thema "Multi-Kulti" hatten, entschied sich der engagierte Lehrer dazu, auch bedingt durch das WM-Jahr, das Thema "Rassismus im Fußball" aufzugreifen. "Ich wollte mit den Schülerinnen und Schülern die Thematik auf mehreren Ebenen beleuchten: zum einen Rassismus im Stadion. Denn es gibt beispielsweise immer noch im Jahr 2018 Affenlaute von den Rängen,

um schwarze Spieler zu verhöhnen." Aber es gebe zum anderen auch subtilere Formen der Diskriminierung gegenüber Frauen und Homosexuellen im Fußball. Rund 20 Jugendliche der 9. und 10. Klasse erarbeiteten daraufhin Stehtafeln zu den verschiedenen Themenbereichen. Diese wurden anschließend auf dem Schulfest der gesamten Schülerschaft präsentiert. Um mehr Mitschüler an den Stand zu locken, organisierten die Jugendlichen für die rund 500 Schülerinnen und Schüler an der Realschule Bonn Hardtberg auch Mitmach-Aktionen wie ein Torwandschießen und erstellten einen Fragebogen, um so möglichst viele Schülerinnen und Schüler für das wichtige Thema zu sensibilisieren. "Die Aktion kam gut an", bestätigte



Foto: Rolf Haßelkus

Rolf Haßelkus: "Es ist wichtig, zu zeigen, dass es diesen alltäglichen Rassismus gibt, aber gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass der Fußball auch eine integrative Kraft hat und die positive Möglichkeit bietet, um gegen Rassismus vorzugehen!" Auf beide Seiten aufmerksam zu machen, das sei das Ziel der Aktion "Mach meinen Kumpeln nicht an!" gewesen.

Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage

Vorsitzender der Gelben Hand, Giovanni Pollice, ist Pate der Karl Kübel Schule in Hessen

Seit Ende August hängt in der Karl Kübel Schule im hessischen Bensheim die Plakette "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Die Schule ist Teil des bundesweiten Netzwerks, dem rund 2700 Schulen angehören. Rund 60 verschiedene Nationalitäten sind auf der Schule in Bensheim vertreten. Mit dem feierlichen Anbringen der Plakette soll nun ein Zeichen gesetzt werden, das Klima an der Schule aktiv mitzugestalten und jeder Form von Mobbing, Diskriminierung und Gewalt entgegenzutreten. Eine besondere Ehre wurde unserem Vorsitzenden Giovanni Pollice zu Teil, der die Patenschaft für diese Schule übernommen hatte.

Projektleiterin Natalie Rupp erklärt: "Die Patinnen und Paten leisten mit ihrem Einsatz einen wichtigen Beitrag, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage als parteiunabhängiges und nachhaltig erfolgreiches Netzwerk der Menschenrechtsarbeit in ganz Deutschland zu verankern." Eine Aufgabe, die der Vorsitzende der Gelben Hand, gerne ausfüllt: "Gerade in diesen Zeiten, in denen Hass offen auf die Straße getragen wird, sind solche Bekenntnisse von jungen Schülerinnen und Schülern zu den Werten der Demokratie, des respektvollen Miteinanders und der Weltoffenheit ungemein wichtig. Daher unterstütze ich gerne als Pate

diese Initiative an der Bensheimer Karl Kübel Schule."



(Foto: Netzwerk Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage)

Platz nehmen und Brücken bauen

Die Gelbe Hand auf dem Brückenfest in Leipzig

Unter dem Motto "ankommen. platznehmen. mitgestalten." luden am 25. August 2018 in Leipzig mehr als 60 Vereine zum 4. Brückenfest auf die Sachsenbrücke im Clara-Zetkin-Park ein. Umrahmt von Musik aus aller Welt präsentieren Vereine sich und ihre Arbeit. Mit dabei war – fast schon traditionell – die Gelbe Hand mit unserem aktiven Fördermitglied Martin Sieber, der den interessierten Gästen und Musikerinnen und Musiker die Arbeit des Kumpelvereins näher brachte. Unter dem Motto "ankommen. platznehmen. mitgestalten." will das Aktionsnetzwerk "Leipzig nimmt Platz" gemeinsam mit allen Leipzigerinnen und Leipzigern Demokratie interaktiv gestalten. Es gab eine Börse Leipziger Vereine, eine Straße der Begegnungen, interkulturelle Angebote vieler Vereine und Initiativen mit Musik, politischen Botschaften, Infoständen, Gastronomie, Kleinkunst und Spendensammlungen, vor allem aber all die Menschen, die gemein-

Vereinte Dienstleistungsgewerksch

sam Platz nehmen und Brücken bauen. Gerade in der jetzigen Zeit sind solche Initiativen wichtige Zeichen der Weltoffenheit, Demokratie und Akzeptanz!

Gemeinsam Brücken bauen: Fördermitglied Martin Sieber (L) mit ver.di-Kolleginnen und -kollegen aus Leipzig.

"Eine starke Initiative"

Spendenübergabe des Bundestagsabgeordneten Lars Castellucci an die Gelbe Hand

Der Bundestagsabgeordnete Lars
Castellucci hat
der Gelben Hand
750 Euro gespendet, die er mit
Teilnehmerinnen
und Teilnehmern
einer Bildungsfahrt in Berlin gesammelt hatte.
Die Übergabe des



Spendenschecks, den unser Vorsitzender Giovanni Pollice entgegennahm fand am 20. September in seinem Wahlkreis, im baden-württembergischen Wiesloch statt. "'Mach meinen Kumpel nicht an!' e.V. ist eine starke Initiative für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Das brauchen wir zurzeit noch mehr als sonst", betonte Castellucci. Für die Gelbe Hand sei das eine Anerkennung der geleisteten Arbeit und gleichzeitig Ansporn, nicht nachzulassen, erklärte Giovanni Pollice: "Dass Lars Castellucci unseren Verein mit einer Spende unterstützt, freut mich sehr. Es ist eine Wertschätzung unseres Engagements. Und es motiviert uns, den Kampf gegen menschenfeindliche und rassistische Gesinnungen weiterhin mit aller Kraft voranzubringen!"

Nie wieder Krieg! Abrüsten statt aufrüsten!

1. September - Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag 2018

Am Antikriegstag gedenken die Gewerkschaften des Grauens und des unermesslichen Leids der beiden Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Jährlich erinnern wir am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland mit seinem Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfacht hat. Gerade in diesem Jahr haben wir besonderen Anlass, den Antikriegstag als Tag des Mahnens vor den zerstörerischen Folgen von besinnungslosem Nationalismus und Faschismus zu begehen. Denn 2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die unumstößliche Lehre, die wir Gewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts gezogen haben. Dazu bekennen wir uns. Dafür steht die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Europa und weltweit! Unser Eintreten für Frieden, Demokratie und Freiheit ist wichtiger denn je.

(..) Das globale Erstarken von Nationalismus und Protektionismus, die Ausbreitung autoritärer, autokratischer und rechtspopulistischer Regime fördern die Entstehung einer neuen Weltunordnung. Wachsende Instabilität und die zunehmende Bereitschaft, die eigenen Interessen mit militärischer Gewalt durchzu-

setzen, prägen das internationale Geschehen. Die Folge: Nie sind so viele Menschen auf der Flucht gewesen. Heute sind es weltweit 68.5 Millionen. Die meisten mussten ihre Heimat verlassen, weil dort Krieg oder Bürgerkrieg herrscht. Nichts zeigt deutlicher: Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme. Eine neue Aufrüstungsspirale ist die falsche Antwort auf die veränderte Weltlage. Und doch sind die globalen Rüstungsausgaben mit über 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben. Deshalb lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müsste seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln. Zwei Prozent des BIP für den Rüstungsetat – das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: für Investitionen in Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische



Motiv eines Plakats zum Antikriegstag 1984 der DGB-Jugend zum "Lauenburger Friedensfest" DGB/FFS Adv

Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für eine bessere Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. Vor diesem Hintergrund fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die deutsche Bundesregierung dazu auf, endlich umzudenken und mit ihren EU-Partnern eine gemeinsame europäische Strategie der friedenssichernden Konflikt- und Krisenprävention zu erarbeiten. (...) Überdies fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische und autokratische Regime grundsätzlich ab. Stattdessen treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für eine Politik der Abrüstung und Rüstungskonversion ein. Wir unterstützen deshalb die friedenspolitische Initiative "Abrüsten statt Aufrüsten" und rufen anlässlich des Antikriegstags öffentlich dazu auf, die Petition dieser Initiative gegen das Zwei-Prozent-Ziel der Bundesregierung zu unterzeichnen (https://abruesten.jetzt/).

Europäische Gewerkschaften gegen Rassismus und Rechtspopulismus

Gelbe Hand beim Workshop des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB (engl. ETUC) veranstaltete am 10. September in Brüssel zusammen mit dem europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) den Workshop "Racism and Xenophobia at the workplace". Es war der erste Workshop dieser Art auf europäischer Ebene. Ziel war es, mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus ganz Europa in den Austausch zu kommen, um Strategien zu diskutieren, wie man dem Rechtsruck in der Gesellschaft entgegenwirken könne, und wie man konkret am Arbeitsplatz Rassismus und Diskriminierung verhindern könne. Von der Gelben Hand waren der Vorsitzende Giovanni Pollice und Redakteur Marco Jelic als Referenten eingeladen. In seiner Eröffnung skizzierte der stellvertretende EGB-Generalsekretär Peter Scherrer die besorgniserregende Entwicklung in vielen europäischen Mitgliedsstaaten, in denen rechtspopulistische Kräfte im Aufwind seien und Rassismus immer offener zu Tage trete. Dies sei eine Herausforderung für die europäische Gewerkschaftsbewegung, so Scherrer. Im ersten Panel stellten Wissenschaftler und Gewerkschafter aus verschiedenen europäischen Ländern die jeweilige Situation in ihrem Land dar. Marco Jelic ging auf die aktuellen Vorfälle in Chemnitz ein. Er zeichnete aber auch eine Entwicklung über die Jahre nach, den Prozess der stetigen Enthemmung des öffentlichen, medialen und politischen Diskurses und eine Verschiebung nach rechts - von Sarrazin bis zur AfD und Pegida. Jelic nannte als Ursachen für die hohen Zustimmungswerte zur rechtspopulistischen, in Teilen rechtsextremen AfD - auch innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowohl soziale Faktoren - prekäre, unsichere Arbeitsverhältnisse, Bedrohungs- und Krisengefühle in Zeiten des rasanten Wandels -, als auch kulturelle "Überfremdungsängste" und den Wunsch nach kultureller Homogenität. Auf beide Ursachen, auf soziale wie kulturelle, müssten Politik, aber auch Gewerkschaften Antworten geben: "Eine gute Sozialpolitik allein wird nicht reichen, um Rassismus zu bekämpfen. Wir müssen soziale Sicherheit, Demokratie und Vielfalt stärker zusammen denken." Die Gewerkschaften als soziale Stimme mit vielfältiger, interkultureller Mitgliedschaft hätten das Potential, den Zusammenhalt zu stärken, so Jelic: "Wir müssen unsere gesellschaftlichen Werte der Solidarität, der Demokratie und der Menschenrechte sichtbar nach außen tragen und gesellschaftlich wirken."

Im zweiten Forum ging es dann um konkrete Praxisbeispiele und Maßnahmen gegen Rassismus in den Betrieben. Als Beitrag aus Deutschland war das Engagement von Evonik vorgesehen. Da die Betriebsratskollegin kurzfristig krankheitsbedingt absagen musste, stellte Giovanni Pollice anhand der vorbereiteten Präsentation die Aktivitäten der Evonik vor. Zum einen waren das das große Engagement und die zahlreichen Aktivitäten der Jugend- und Auszubildendenvertretung während der Internationalen Wochen gegen Rassismus, aber auch die strukturelle Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten bei Evonik durch das tarifliche Förderprogramm für Jugendliche "Start in den Beruf", das auch zusätzlich für Geflüchtete geöffnet wurde.

Abschließend präsentierten sich antirassistische, gewerkschaftliche Kampagnen und Initia-



Unser Vorsitzender Giovanni Pollice stellt die Arbeit des

tiven aus den europäischen Mitgliedsländern, unter anderem aus Belgien und Italien. Als Initiative für den gewerkschaftlichen Einsatz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland stellte unser Vorsitzender Giovanni Pollice die Arbeit der Gelben Hand vor. Positiv zu bewerten sei, so Pollice, dass bei dem Thema alle -Arbeitgeber, die Gewerkschaften und auch die Betriebsrätinnen und Betriebsräte – an einem Strang ziehen würden. Vor allem da, wo gute gewerkschaftliche Strukturen vorhanden seien, arbeite man bei dem Thema gut zusammen: "Wir haben als Antirassismus-Verein über die Gewerkschaften und die Betriebsräte Zugang zu den Betrieben. Dort leisten wir mit unseren Projekten Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit, um gegen Diskriminierung und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft vorzugehen. Den Verein gibt es seit über 30 Jahren – doch es ist heute wichtiger denn je, für Demokratie einzustehen und diese Werte tagtäglich zu vermitteln." Insgesamt ging von der Tagung das kämpferische Signal aus, als Gewerkschaften europaweit zusammenzustehen und Rassismus und Rechtspopulismus klar und bestimmt entgegenzutreten. Das war Einheit in Vielfalt und gelebte internationale Solidarität.

Solidarität mit Miteinander e.V.!

AfD will Demokratie-Projekt in Sachsen-Anhalt die öffentlichen Mittel entziehen



Der Verein "Miteinander e.V. Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt" hat sich Miteinander vor 20 Jahren gegründet, als die rechtsextreme DVU mit 12 Prozent in den Magdeburger Landtag eingezogen war. Heute gibt es 27 Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter, drei Standorte, ein Jahresbudget von 1,7 Millionen Euro. Das Geld kommt vor allem aus den Bundes- und Landesprogrammen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Die Beschäftigten von Miteinander e.V. recherchieren zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, geben ihr Wissen an Politik und Medien weiter, führen Workshops an Schulen und Fortbildungen mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern durch, beraten Opfer rechter Gewalt und dokumentieren diese Attacken. Vor einigen Wochen beantragte die AfD im Landtag, "Miteinander" die öffentlichen Mittel zu entziehen. Der Antrag scheiterte. Anlässlich der Landtagsdebatte zur Fördermittelvergabe an den Verein "Miteinander" erklärte die DGB-Landesvorsitzende Susanne Wiedemeyer: "Der DGB steht für eine demokratische, vielfältige und weltoffene Gesellschaft aus

Faktencheck Diskriminierung

Broschüre des Monats

Entscheidet die Hautfarbe eines Bewerbers über den Ausgang seines Vorstellungsgesprächs? Und was macht es mit Menschen, wenn sie ständig gefragt werden, wo sie ursprünglich herkämen? Die aktualisierte, kürzlich erschienene "Faktensammlung Diskriminierung - Kontext Einwanderungsgesellschaft 2018" der Bertelsmann Stiftung gibt Antworten auf diese und weitere Fragen. Die Faktensammlung Dis-



kriminierung bietet einen niedrigschwelligen Ausgangspunkt für Interessierte, die sich über Diskriminierung aufgrund religiöser oder ethnischer Herkunft informieren wollen. Sie gibt einen Überblick über Definitionen, die Gesetzeslage und die Forschung, trägt relevante Publikationen und Studien zusammen und stellt sie in Auszügen vor. Sie kommentiert Studien zu Diskriminierung in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Bildung, und Religion. Gewerkschaftlich relevant ist das Kapitel zur Diskriminierung in der Arbeitswelt. Arbeit bildet einen Grundpfeiler der gesellschaftlichen Teilhabe. Jedoch ist gerade in diesem Bereich die Diskriminierung von Personen aufgrund der ihnen zugeschriebenen Herkunft und Religion wiederholt zu beobachten. Mögliche Diskriminierung fängt bei der Bewerbung um Ausbildungsplätze und Jobs an, erstreckt sich über den Arbeitsalltag bis hin zu den Themen Beförderung und Vergütung. Die Faktensammlung liefert die neusten Erkenntnisse zu diesem Themenfeld und eignet sich für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Die Studie zum Download gibt es unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_Faktensammlung_Diskriminierung_2018.pdf

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU) Verantwortlich für den Inhalt: Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion: Marco Jelic Fotos: IG BCE Jugend Nord-

rhein, Gelbe Hand **Verlag und Produktion:**

Setzkasten GmbH Kreuzbergstraße 56 40489 Düsseldorf www.setzkasten.de Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düssseldorf Tel.: 0211-4301193 info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de www.facebook.de/ gelbehand

Vereinen, Verbänden und Initiativen, die für ein friedliches Zusammenleben eintreten und das Land voranbringen. Diese wichtigen Akteure der Zivilgesellschaft sollten gestärkt werden, statt ihre Förderung in Frage zu stellen." Der Verein Miteinander e.V. erbringt seit nunmehr 20 Jahren professionelle Beratungsleistungen und fundierte wissenschaftliche Analysen. Er leistet einen großen Beitrag für die politische Bildung und die Vernetzung von Menschen in Sachsen-Anhalt. In vielfältigen Projekten hat der Verein das Bewusstsein für ein demokratisches Zusammenleben gestärkt. "Miteinander" ergänzt mit seinem Bildungs- und Beratungsangebot wichtige staatliche Aufgaben im Bereich der Demokratieförderung. Der DGB Sachsen-Anhalt unterstützt die Arbeit von Miteinander e.V. seit vielen Jahren. Susanne Wiedemeyer ist Vorstandsmitglied des Vereins. Auch der Kumpelverein schließt sich der Solidaritätsbekundung an und macht sich stark für den Erhalt des Vereins "Miteinander e.V."! Der Einsatz hat sich vorerst gelohnt: Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat in ihrem Entwurf für den Haushalt 2019 die weitere Förderung der Arbeit für die Demokratie bestätigt. Das ist ein gutes Signal - auch als Antwort auf die beständigen Angriffe von rechtspopulistischen Akteuren auf eine kritische Zivilgesellschaft. Währenddessen hat die AfD ihre nächste Große Anfrage zu Arbeit des Vereins auf den Weg gebracht und damit ihre Kampagne gegen Miteinander e.V. bekräftigt. Die Gelbe Hand steht an der Seite von Miteinander!

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- 1. Maja Cole, IG BCE, JAV Bayer, Mitglied im IG BCE Bezirksjugendausschuss (BJA) Leverkusen, Leverkusen
- 2. Fabian Ferber, IG Metall, Gewerkschaftssekretär GS Märkischer Kreis. Lüdenscheid
- 3. Alexander Flender, IG Metall, Referent, Delegierter, Remagen
- 4. Rüdiger Heitefaut, GEW, Geschäftsführer Landesverband Niedersachsen, Hannover
- 5. Ingrid Klocke, IG BCE, Leverkusen
- Astrid Knüttel, IG Metall, Gewerkschaftssekretärin beim Vorstand,

- 7. Frank Marguard, IG BCE, Referent. Mitglied im Bezirksvorstand Alfeld, Dassel
- 8. Alenika Meyer, IG BCE, Mitglied im Bezirksjugendausschuss und im Bezirksvorstand, Hamburg
- 9. Iris Pfiffner, IG BCE, Projektmitarbeiterin im Landesbezirk Nordrhein, Düsseldorf
- 10. Romario Roetger, IG BCE, JAV Covestro, Mitglied im IG BCE BJA Leverkusen, Essen
- 11. Sabine Zogbaum, ver.di, Mitglied im geschäftsführender Vorstand, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank Giovanni Pollice, Vorsitzender